

INFORMATION

zur Pressekonferenz

mit

Landesrat Dr. Manfred Haimbuchner

am 18. Dezember 2009

zum Thema

"Wohnbaubudget 2010"

Impressum

Medieninhaber & Herausgeber:
Amt der Oö. Landesregierung
Direktion Präsidium
Abteilung Presse
Klosterstraße 7 • 4021 Linz

Tel.: (+43 732) 77 20-114 12
Fax: (+43 732) 77 20-115 88
landeskorrespondenz@ooe.gv.at
www.land-oberoesterreich.gv.at

DVR: 0069264

Pressekonferenz LR Dr. Manfred Haimbuchner

Das Wohnbaubudget 2010

Das Wohnbaubudget für das Jahr 2010 beträgt 288 Millionen Euro. Dies bedeutet, dass 100 Prozent der vom Bund zur Verfügung gestellten Mittel dem Wohnbau in Oberösterreich zu Gute kommen. Dies ist ein Erfolg für den Wohnbau.

Die genaue Zusammensetzung des Budgets für das Jahr 2010 birgt jedoch zwei kritische Punkte und die zukünftige Handlungsfähigkeit des Ressorts einschränken:

Erstens die Entwicklung der Wohnbeihilfe und zweitens das Ausmaß der Bindungen für das Jahr 2010.

Wohnbeihilfe

Die Wohnbeihilfe wird im Jahr 2010 88 Millionen Euro ausmachen. Das ist beinahe ein Drittel des gesamten Budgets. Seit dem Jahre 2004 ist die Wohnbeihilfe um 40 Prozent gestiegen, also von 61 Millionen Euro auf 88 Millionen Euro. Im selben Zeitraum ist das Gesamtbudget für den Wohnbau von 321 Millionen Euro auf 288 Millionen gesunken, also um 10 Prozent.

Diese Entwicklung steht entgegen den beiden Stoßrichtungen des Wohnbaus: Erstens Eigenheime und Eigentum zu fördern, also nachhaltige Werte zu schaffen und zweitens leistbares Wohnen über geringere Miete zu gewährleisten und nicht zu hohe Mieten über den Umweg von Förderungen zu kompensieren.

Das Wohnbauressort wird ein Bündel von Maßnahmen prüfen bzw. prüfen lassen, um die Wohnbeihilfe auf ein vernünftiges und vertretbares Ausmaß für wirklich Bedürftige zurückzudrängen.

Zu diesen Maßnahmen werden die Überprüfung von Vorschriften und Verordnungen gehören, ob die Verhältnismäßigkeit zwischen Standards und sozialem Wohnbau noch gewährleistet ist.

Als erste konkrete Maßnahme wird ein Antrag zur Streichung der Wohnbeihilfe für Nicht - EWR Bürger vorbereitet.

2002 wurde die Wohnbeihilfe für Nicht - EWR Bürger eingeführt, die Kosten mit 1,4 Euro beziffert. Mittlerweile nehmen rund 3.000 Nicht – EWR Bürger die Wohnbeihilfe in Anspruch, welches Kosten in der Höhe von 7 Millionen Euro verursacht.

Angesichts der angespannten budgetären Lage und der bedenklichen Ausweitung der Wohnbeihilfe muss diese Förderung wieder auf heimische Bürger beschränkt werden.

Der Antrag, welcher im Landtag eingebracht wird, ist analog zu der Abänderung des Kinderbetreuungsbonus formuliert. Dieser ist ebenfalls heimischen Familien vorbehalten.

Es geht um verantwortungsbewusste und nachhaltige Politik für die heimische Bevölkerung und um echte Integration.

Daher wird die Wohnbeihilfen - Verordnung in Bezug auf die Gewichtungsfaktoren geändert, damit bedürftige heimische Bürgerinnen und Bürger weiterhin Beihilfe beziehen können.

Zudem werden Möglichkeiten zur Durchführung eines Versuchsprojektes geprüft. In Wels soll das friktionsfreie Zusammenleben von Österreichern und Migrant/innen in einer geförderten Wohnanlage mittels der Gewährleistung einer entsprechenden zahlenmäßigen Zusammensetzung und der Vermittlung durch einen Berater gefördert werden.

Bindungen

Die Bindungen für das Jahr 2010 betragen 176 Millionen Euro für Projekte, welche bereits unter Landesrat Kepplinger zugesagt wurden. Dies ist eine große Summe, welcher den Handlungsspielraum in nächster Zeit enorm einschränkt. Hinzu kommen Projekte bzw. Projektanfragen, wo derzeit noch geprüft werden muss, welche bindend sind und welche nicht, wie beispielsweise das Projekt Frachtenbahnhof.